

# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.  
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Dorgauerstr. 3, entgegen.  
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung ufm. ersucht jeder Anspruch auf Lieferung beim Rückgang des Bezugspreises.  
Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühren betragen für den 1. Mittwoch höchsten Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Beilagenblatt 30 Goldpfennig, einfl. Umzugssteuer, Scherzreißer und tabellarischer Satz mit Aufschlag.  
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.  
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezähle.

Nr. 138.

Dienstag, den 18. November 1930.

33. Jahrg.

## Wirtschaftskonferenz in Genf

### Verbesserung des europäischen Handels.

Der Zollwaffenstillstand.  
Die zweite europäische Wirtschaftskonferenz ist in Genf unter dem Vorsitz des früheren holländischen Handelsministers Colijn eröffnet worden. An der Konferenz nehmen 26 europäische Staaten teil, darunter Deutschland. Sechs Überseestaaten, auch die Vereinigten Staaten, sind durch Beobachter vertreten. Die heutige Abordnung führt Ministerialdirektor Dr. Hoffe. Das Arbeitsprogramm umfasst die Aussprache über das weitere Schicksal des Handelsabkommens (Zollwaffenstillstandsabkommen), das bisher erst von neun Staaten ratifiziert worden ist, ferner Verhandlungen zur Verbesserung des Handelsverkehrs. Neben der Fremdenrechtsfrage wird sich die Konferenz noch mit dem internationalen Abkommen über die Vereinfachung der Aus- und Einfuhrbeschränkungen befassen. Präsident Colijn wies in seiner Eröffnungsansprache u. a. darauf hin, daß Maßnahmen für eine allgemeinere Zentung der Zolltarife und eine rationellere Verteilung der Verkehrswege gefunden werden müßten.  
Die Hoffnung auf Verhinderung weiterer Zoll-erhöhungen ist gestunken, da das Abkommen zahlreiche Ausnahmestimmungen für dringende Fälle enthält, von denen bereits einige Staaten Gebrauch gemacht haben.

### Ein Großwahltag.

Das Verhältniswahlsystem, wie wir es in Deutschland überall seit 1919 haben, besitzt einen großen Nachteil: für die ganze Dauer der Sitzungsperiode des Reichstags, der Länderparlamente, der Gemeindevertretungen tritt feinerlei Änderung in der Stärke der dort vertretenen Parteien ein, was auf Grund von Nachwahlen früher geschehen konnte; der Nachfolger auf der Liste rückt einfach in das Parlament ein. Das Fehlen eines solchen politischen Barometers führte ja auch zu den bekannten Vorkäufen der Reichstagspartei gegenüber gewissen Parteien, nun auch in den Länderparlamenten, während es in zahlreichen Gemeindevertretungen, Aufstellung und Neuwahl zu erzwungen. Andererseits ist aber die „Starrheit“ des Verhältniswahlsystems gerade als ein Vorteil angesehen und bezeichnet werden. So müssen denn andere Wahlen als „Barometer“ oder als „Wahl“ wirken, — und das ist bei den Wahlen zu den badischen und den mecklenburgischen Gemeindevertretungen denn auch recht augensichtlich geschehen.

Im allgemeinen spiegelt sich in den Wahlergebnissen das wider, was auch die Wahlresultate des 14. September maßgebend beeinflusste: sehr hartes Ansehen bei den nationalsozialistischen Mandate, Gewinne auch bei den Kommunisten —, aber mehr oder minder starker Mandatsrückgang der Parteien von den Deutschnationalen bis hinüber zur Sozialdemokratie. Besonders auffallend ist das Vordringen der Nationalsozialisten z. T. weit über die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen in einzelnen badischen Gemeinden, wo diese Partei jetzt zur härtesten geworden ist, bisher aber überhaupt nicht vertreten war. Allerdings ist der Erfolg auch auf Kosten der Deutschnationalen erzielt worden, wundert aber auch aus dem Lager der eigentlichen Mittelparteien jetzt wieder große Massen hinüber zu den Nationalsozialisten. Gestritten haben die Mittelparteien auch recht erheblich durch die vielfach recht umfangreiche Nichtbeteiligung, der Wahlhaupteit — oder „Wahlhaupteit“ —, aber an dem Grundcharakter des Ergebnisses, also einem weiteren Vordringen der Nationalsozialistischen Partei über den bereits am 14. September erreichten Stand hinaus, ändert sich auch damit nichts. Das war vor kurzem erst bei den Wahlen in Oldenburg festzustellen und das jetzt seine Fortsetzung in Baden und in Mecklenburg erfahren.

Wahltag auch in dem Freistaat Danzig und auch dort sind die Ergebnisse ähnlich wie bei den Wahlen in Deutschland. Danzig hat den Wert zu dem Entschluß gehabt, sein Parlament, den „Volksrat“, zahlenmäßig von 120 auf 72 Abgeordnete „abzubauen“. Ergebnis gibt es auch in diesem so stark verfeinerten Parlament immer

#### Neue Vorkämpfe.

Für die Einleitung weiterer wirtschaftlicher Verhandlungen überhandlungen liegen der Konferenz drei Vorschläge vor: 1. ein englischer Vorschlag, einen Zollabbau nach Warengruppen, insbesondere für Textilien und Weizenausfuhr, vorzunehmen; 2. ein holländischer Vorschlag, Verhandlungen über einen Handelsvertrag zwischen den Handelsvertrags- und Freihandelsstaaten über eine gegenseitige Zollermäßigung herbeizuführen; 3. der bekannte, wiederholte Vorschlag der skandinavischen Staaten auf bessere Absatzbedingungen für ihre Agrarprodukte. Die Gegenleistungen dieser skandinavischen Staaten sind industriellen Gebiet gegenüber den Hauptabsatzstaaten Deutschland, Italien und der Schweiz, ebenso wie die Kreditfrage sollen nach allgemeiner Auffassung im Vordergrund der Verhandlungen stehen.

#### Deutschland beantragt Verbot des Gaskrieges.

Graf Bernhoff hat in den Vorbereitenden Genfer Abklärungsausschuss den Antrag gestellt, daß außer dem Verbot des Gaskrieges ein Verbot aller schweren Angriffswaffen, wie z. B. Mörser, schwere Geschütze und Tanks, in die Kriegsverhandlungen aufgenommen werde.  
Die Minister haben sich hinsichtlich dieses Kriegsmaterials zu zerstreuen und hierüber dem Generalsekretär zu Händen der übrigen Staaten Mitteilung machen. Ferner soll die Fabrikation und die Einfuhr dieses Kriegsmaterials verboten sein.

noch — zwölf Parteien, unter denen auch die Polen als Sonderpartei auftreten; sie sind allerdings auch jetzt wieder mit nur drei Vertretern in den „Volksrat“ eingekleidet. Auch hier also ein Emporkommen der Zahl der Nationalsozialisten, Rückgang bei den Deutschnationalen und bei einigen Mittelparteien; das Zentrum aber hat genau zwölf Mandate errungen, als es im aufgeklärten Volkstum heißt, hat also verhältnismäßig eine Verstärkung erfahren. Der Zahl nach sind die sozialdemokratischen Mandate zurückgegangen härter, als die zahlenmäßige Verfeinerung des Volkstages es hätte veranlassen müssen, aber auch hier steigt mit einer Verschiebung nach links eingetreten zu sein, da die Kommunisten ihre bisherige Mandatszahl vermehren konnten.

Und Wahlen schließlich auch in Polen, — wenn man viele Wahlen überhaupt noch als „politische Barometer“ bezeichnen darf! Mit allem Mittelalterlichen und jüdischen und die in seinen Händen liegende Verwaltungen dafür gesorgt, daß die Opposition mündlos verfallen und zu dieser Opposition, also zur Linken, gehörten auch die Vertreter der nationalen Minderheiten, die Weipolken, die Ruthenen, vor allem die Deutschen. Natürlich hat die jeder Gelehrtheit hohnsprechende Brutalität im Wahlkampf nun auch ein Resultat gezeitigt, das den Sejm zu einem gefügigen Werkzeug Polens machen wird. Das war ja das Ziel der geradezu wüsten Wahl, beeinflussung“ und daher ist auch der Rückgang z. B. der auf die deutsche Minderheitsliste abgegebenen Stimmen in Oberschlesien leider nur allzu erklärlich. Dort sind an Stelle der bisherigen sechs Mandate nur drei von den Deutschen wiedererrungen worden, wurden für die deutsche Liste rund 50 000 Stimmen weniger abgegeben als bei der letzten Wahl. Fast amtlich ist es übrigens, daß der „Bar“ Korfanti, der seinem alten Wahlgemeinschaften Polens in schärfster Form gegenübersteht und entsprechend energisch vom Lager der Regierungsparteien befangen wurde, trotzdem in „seinem“ Oberschlesien einen großen Erfolg einheimen konnte.

### Zwei Milliarden Mark für Rosslandsarbeiten in England.

Arbeit für 400 000 Mann.  
Die englische Regierung veröffentlicht die Liste der Rosslandsarbeiten, die zur Befähigung der Arbeitslosigkeit genehmigt sind und Gesamtausgaben von etwa zwei Milliarden Mark umfassen. Hierunter entfallen etwa eine Milliarde Mark auf Wege- und Brückenbau, 200 Millionen auf Hafenanlagen, 200 Millionen auf die Ausbau der Londoner U-Bahn, 240 Millionen auf Elektrifizierungs- und der Rest auf sonstige Arbeiten. Man rechnet in England das durch eine Million Pfund und 400 000 Mann Arbeit finden.

### Polenverhältnisse Gewaltherrschaft erfolgreich.

Absolute Mehrheit für die Regierung.  
Der unerhörte Terror, den die augenblickliche polnische Regierung, getrieben von dem kuppeligen Willen des Marschalls Piłsudski, vor den Wahlen zum Sejm entfaltet hat, Erfolg oder vielmehr die erwartete Auswirkung gehabt. Der Piłsudski-Block hat aufstrebend die absolute Mehrheit errungen und kann einweisen regieren, wie es seinem Herrn und Meister paßt. Vorauswiegend erzielten der Piłsudski-Block 24 Mandate (bisher 130), Regierungsozialisten 0 (10), Antisemit 81 (154), Nationaldemokraten 62 (57), Christliche Demokraten 14 (18), Ultrareiner und Rechtsradikale 21 (47), Juden 10 (13), Deutsche 5 (19), Kommunisten 7 (9). Natürlich stehen noch einzelne Resultate aus, aber im großen und ganzen wird sich nichts Wesentliches mehr ändern.

Der neue Sejm weist also nun erstmalig seit der Wiedererrichtung des Polnischen Staates eine absolute Piłsudski-Mehrheit auf. Der seit 1926 die ganze polnische Politik beherrschende Kampf zwischen Regierung und Parlament ist damit zugunsten der Regierung entschieden. Piłsudski und seine Anhänger überwiegen zu der unbefchränkten Macht, die sie schon seit vierzehnhundert Jahren ausüben, jetzt auch die alleinige Verantwortung für das Schicksal ihres Landes. Die zur Verwirklichung notwendige Zweidrittelmehrheit haben sie nicht erreicht. Denn von ihnen angeordneten Schritten des Schreckens und der Bedrohung der Opposition mit allen ungesetzlichen Mitteln, denen keinerlei Grenze mehr gesetzt war. Die sogenannten Wahlen sind ein Scherz gewesen auf jede freie Entscheidung des Volkes. Piłsudski hat einfach diktiert, und wie er befohl, so geschah es. Polen ist gefesselt aus der Liste der über sich selbst entscheidenden Wähler, es folgt schrecklich und willkürlich dem stammenden Marschalls. Das das Wahlergebnis nicht die Volksabstimmung widerspiegelt, ergibt sich aus der Verringerung der Mandate der nationalen Minderheiten. Deutsche, Ukrainer und Weipolken haben sich seit den Wahlen von 1928 natürlich wieder verteidigt, doch sich dem beherrschenden radikalen Polentum angeklungen. Sie sind an der freien Kundgabe ihres politischen Willens durch Listenverbote, Werbeschränkung und andere Mittel geberaubt worden. Das gesamte Deutschland der Norddeutsche Provinz, Pommern, Ostpreußen und Galizien bleibt auf diese Weise ohne Vertretung im Warschauer Parlament.

#### Oberschlesien.

In dem zum großen Teile deutschen Oberschlesien ist in den Mandate erwerbenden dem ausgetretenen Schreckensregiment ein Rückgang der deutschen Stimmen um durchschnittlich 50 Prozent zu verzeichnen. In einzelnen Orten beträgt der Verlust sogar bis zu 70 und 80 Prozent. Auch in den Städten ist ein wesentlicher Rückgang der deutschen Stimmen festzustellen, dagegen hat die Partei des Abgeordneten Korfanti, die Piłsudski feindlich und ebenso dem Deutschen abgeneigten Nationaldemokraten, in ganz polnisch-Schlesien an Umfang beträchtlich gewonnen, das Korfanti hier wenigstens als Sieger anzusehen ist.

Korfanti hat wahrscheinlich 80 bis 100 Prozent an Stimmen gewonnen. Sein Gewinn beträgt vier Mandate. Die Deutschen haben drei Siege eingeföhrt. Der Stimmenverlust des Deutschen Wahlblocks dürfte sich auf 25 bis 35 Prozent stellen.

Nach dem vorläufigen Endergebnis verteilen sich die in den drei ober-schlesischen Wahlkreisen abgegebenen Stimmen wie folgt: Deutsche Wahlgemeinschaft 127 458 (1928: 175 113), drei Mandate, Regierungsozialisten 136 148 (1928: 136 148), sechs Mandate, Korfanti-Partei 210 352 (1928: 109 686), sieben Mandate, Polnische Sozialisten 54 742 (77 301), ein Mandat, Kommunisten wie bisher, ohne Mandat.

#### Ergebnis in Danzig.

Die in Danzig-Stadt und -Land durchgeführte Neuwahl zum Volkstages nahm bei einer Beteiligung von 84 Prozent der Wählercharakter einen ruhigen Verlauf. Es war nur ein Zufall, daß die Wahl mit der polnischen zusammenfiel, sie hatte nicht das geringste damit zu tun. Im letzten Sommer ist die Verfassung Danzigs dahin geändert worden, daß der Volkstag ausständiger ist und nur noch 72 statt 120 Abgeordnete erhält. Das muß bei dem Anfall der Wahlen berücksichtigt werden. Das bemerkenswerteste ist, daß sowohl Nationalsozialisten wie Kommunisten sich an Stimmen stark vermehrt haben, während

alle anderen Parteien, am meisten die bürgerlichen gemäßigten Gruppen, außer dem Zentrum, verloren. Das Resultat war, wobei die eingeklammerten Zahlen den Anstieg von 1927 bezeichnen, folgendes:

**Sozialdemokraten** 48 859, 19 Mandate (61 729, 42 Mandate); **Deutschnationale** 25 502, 10 Mandate (35 826, 25 Mandate); **Zentrum** 28 958, 11 Mandate (26 096, 18 Mandate); **Kommunisten** 19 895, 7 Mandate (11 700, 7 Mandate); **Nationalsozialisten** 4322, 2 Mandate (8331, 7 Mandate); **Deutscher-Ländlicher Wirtschaftspartei** 6223, 3 Mandate (8010, 6 Mandate); **Deutsche Liberale** 3903, ein Mandat (6204, 4 Mandate); **Republikanische Partei** 4528, 2 Mandate (4227, 3 Mandate); **Polen** 3801, 2 Mandate (5764, 3 Mandate); **Wiener** 1279, 0 Mandate (3577, 2 Mandate); **Fischer** 903, 0 Mandate (1885, 1 Mandat); **Nationalsozialisten** 31 516, 12 Mandate (1483, 1 Mandat); **Eisenbahner** 3468, 1 Mandat (-); **Vollsozialistische Gemeinschaft** 6675, 2 Mandate (-); **Christlichsozialistische Volkspartei** 1478, 0 (-).

### Regierungsschwierigkeiten.

Obwohl die Sozialdemokratie die stärkste Partei verblieb, ist die bisherige Regierungskoalition aus Sozialdemokratie und Zentrum in die Minderheit gedrängt, so daß die kommende Gestaltung der Regierung noch nicht zu übersetzen ist. Die Verbindung des Zentrums mit Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Nationalliberalen, wozu noch einige kleinere Parteien stoßen müßten, ist schwer zu denken, ebensowenig natürlich an eine Koalition Sozialdemokratie-Zentrum-Nationalsozialisten, desgleichen kaum an eine Minderheitsregierung. Als letzter Ausweg bietet sich vorläufig nur eine große Koalition mit Sozialdemokraten und Zentrum, zusätzlich der übrigen bürgerlichen Mitte, oder erneute Auflösung des Parlaments.

### Streitigkeiten in der Wirtschaftspartei.

#### Kündigung des Personals.

Der Führer der Wirtschaftspartei, Reichstagsabgeordneter Dreiwitz, hat dem gesamten Personal des Parteibüros, vom Generalsekretär, Landtagsabgeordneten Danneberg, bis zum letzten Boten die Kündigung mit vierzehntägiger Frist ausgesprochen, obwohl es sich um Angestellte handelt, mit denen zum Teil, wie mit Danneberg, langfristige Verträge abgeschlossen waren. Der Parteiführer hat diese Kündigung damit begründet, daß das Bureau reorganisiert werden müßte. Die Angestellten sind der Meinung, daß das Vorgehen von Dreiwitz mit dem Konflikt innerhalb der Parteileitung zusammenhängt, der bereits zum Ausschcheiden des Reichstagsabgeordneten Glossofer, des früheren zweiten Vorsitzenden der Partei, geführt hat. Glossofer selbst verlangt, daß die Reichstagsferenz der Wirtschaftspartei, die schon längstfällig sei, nun endlich stattfindet, damit er Gelegenheit erhalte, sich zu rechtfertigen. Er droht, er würde sich an seine Schweigepflicht nicht mehr gebunden fühlen, wenn er diese Gelegenheit nicht bis Ende November bekomme.

### Schleunige Hilfe verlangt.

#### Tagung des Schmarternvereins.

Der Deutsche Schmarternverein, der seine diesjährige Hauptversammlung in Berlin abhielt, wählte an Stelle des aus Gesundheitsgründen zurückgetretenen Staatsministers a. D. Dr. von Richter den Bundeskanzler des Reichstags, Major a. D. Wagner, zum Vorsitzenden. Zum Abschluß der Tagung nahm der Gesamtsitzung einstimmig eine Entschließung an, in der von der Reichsregierung schleunige Hilfe, die ausreißend und von jeder Parteipolitik frei sein müsse, für die wirtschaftliche Notlage der polnischen Schmartern und die polnischen Arbeiter in Deutschland, damit sie nicht zu Stützpunkten politischer Propaganda würden, sowie Ausbau des Ausfuhrwesens zum Schutze der deutschen Kultur verlangt werden. Es fordert ferner entschiedene Abwehr aller politischen Übergriffe.

Weitere Forderungen erstrecken sich auf die Erneuerung eines Reichsministers mit weitgehenden Befugnissen für den bedrohten Osten, amlicke Zurückweisung der Friedensschlichtung, Revision des Verlaufs Friedensschlichtung, Rückgabe des polnischen Weichselrivers und der Gebiete im Osten, Revision der Tributallien, vollständige Wiederherstellung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes und der uneingeschränkten Souveränität des Deutschen Reiches.

### Starke Exportsteigerung.

#### 178 Millionen Mark deutscher Ausfuhrüberschuß.

Ein- und Ausfuhr Deutschlands sind im Oktober 1930 gegenüber dem Vormonat gestiegen. Die Einfuhr ist mit 283,6 Millionen Mark um 97 Millionen höher ausgeworfen als im September. Die Ausfuhr beträgt im Oktober 1011,6 Millionen Mark; ferner sind in diesem Monat als Reparationsleistungen Waren im Werte von 61,4 (Vormonat 61,8) Millionen Mark an das Ausland geliefert worden, für die Deutschland eine Vergütung seitens der Empfänger nicht erhält. Die Ausfuhr, ausschließlich der Reparationsleistungen, deren Wert gegenüber September nur unmerklich geringer ist, hat eine Zunahme um 72,3 Millionen Mark erfahren, ein bemerkenswert hoher Betrag, der über das Ausmaß der im Oktober zu erwartenden saisonmäßigen Zunahme hinausgeht.

Die Handelsbilanz unter Ausschluß der Reparationsleistungen schließt im Oktober mit einem Ausfuhrüberschuß von 178 Millionen Mark ab; unter Einbeziehung der Reparationsleistungen übertrifft der Wert der ausgeführten Waren den Wert der Einfuhr um 289 Millionen Mark.

### Frankreichs Note an Rußland.

#### Ein Protest.

Der französische Vorkonsul in Moskau, Serbette, hat beim Volkskommissar für Auswärtiges energisch dagegen protestiert, daß der Oberstaatsanwalt Erlenko in den Anklagen gegen mehrere Russen, die wegen einer Verschwörung gegen die Regierung von Gerlach stehen, gegen die französische Regierung und den französischen Generalkonsul die Verschönerung erdosen hat, sie hätten im Jahre 1928 im Einvernehmen mit den Angeklagten gehandelt.

### Reichsarbeitsgeberverband für Arbeitsförderung.

#### Verhandlungen mit den Gewerkschaften.

Der Reichsarbeitsgeberverband hat in seiner Vorstandssitzung in Berlin, in der hauptsächlich Fragen der Lohnpolitik und der Arbeitsvermittlung auf der Tagesordnung standen, seinen Mitgliedern als vorübergehende Maßnahme dringend empfohlen, zwecks Einstellung weiterer Arbeitskräfte aus der Zahl der Waffahrerwerblosen, eine Verärgerung der Arbeitskräfte als Lohnmangel überlast zu ermöglichen, was die betriebsspezifischen und wirtschaftlichen Verhältnisse solche ermöglichen. Im übrigen wird von den einzelnen Verwaltungen erwartet, daß sie vor Arbeiterentlassungen eine Streckung der Arbeit vornehmen.

Entsprechende Verhandlungen mit den Gewerkschaften sollen unmittelbar aufgenommen werden. Die Reichs- und Staatsbehörden werden ersucht, in gleicher Richtung in ihren Betrieben vorzugehen. Alle Bestrebungen auf Senkung der Preise, besonders an dem Gebiete des notwendigen Lebensbedarfes, sind nachdrücklich zu unterstützen. Der Reichsarbeitsgeberverband umschließt die Arbeitgeber der öffentlichen Hand (kommunale und sonstige öffentliche Anstalten).

### Gebremste Reichsbahn.

#### Können die Reichsbahnarbeiten verstilligt werden?

Zu der von der Öffentlichkeit geforderten Ermäßigung der Reichsbahnarbeiterlöhne wird von zuständigen Stellen mitgeteilt, daß sich die Reichsregierung mit dieser Frage überlast. Der Reichsbahnminister habe die bereits von der Reichsbahn wiederholt geforderte Erhöhung der Wagenladungsstarke verhindert. Die Reichsbahn leide nicht nur unter der allgemeinen Krise. Sie sei vor allem in ihrer arbeitsrechtlichen und finanziellen Bewegungsfreiheit empfindlich.

#### Beschäftigt durch die Danerlei.

Die für in Gestalt der Reparationsleistungen, der Verzögerungsschleife und der aus der Demobilisationszeit stammenden gewaltigen Rentenschuldenlast auferlegt ist. Die sich hierzu ergebende Gesamtbelastung betrage 67 Prozent der Bruttoeinnahmen des laufenden Geschäftsjahres. Wenn die Reichsbahn nicht in der Lage sei, die Reparationsleistungen und die Schuldendienst für die Verzögerungen zu zahlen, so habe das Reich.

Die Öffentlichkeit könne jedoch überzeugt sein, daß kein Weg unversucht bleiben werde, um ein für die Allgemeinheit und auch für die Reichsbahn annehmbares Ergebnis zustande zu bringen.

### Politische Rundschau

#### Deutsches Reich

#### Kartellnotverordnung und Handverl.

Es ist behauptet worden, daß der Reichsernährungsminister einem Vertreter des Handverles erklärt haben soll, die Anwendung der Kartellnotverordnung komme gegenüber dem Handverl nicht in Frage. Von zuständiger Stelle wird darauf hingewiesen, daß diese Meldung den Tatsachen nicht entspricht. Der Reichsernährungsminister habe einem Vertreter des Handverles lediglich erklärt, daß für ihn keine Veranlassung vorliege, diese Frage vor das Kartellamt zu bringen, nachdem die Anwendung der Kartellnotverordnung für die für ihn in Betracht kommenden Wirtschaftszweige bereits geregelt worden sei.

#### Günstiges Urteil für Minister Franzen.

Die vierte Zivilkammer des Landgerichts zu Braunschweig verurteilte in der Hauptverhandlung der Einspruchsklage des Verlanges und der Schriftsetzung des „Volksfreund“ gegen die einseitige Verfügung des nationalsozialistischen Ministers Dr. Franzen das Urteil. Es lautet: Die einseitige Verfügung wird mit einigen Abänderungen aufrechterhalten. Sofern eine beschleunigte Form unterbleibt, dürfen die Antragseegner auf die befaßten Vertreter Vorladungen zu sprechen kommen. Die Kosten fallen dem Antragsteller zur Last. Eine mündliche Begründung wurde nicht gegeben. Der zweite Prozeß gegen Minister Franzen findet am 20. November dieses Jahres statt.

#### Aus In- und Ausland

Berlin. Reichspräsident von Hindenburg empfing den Vorkonsul des Deutschen Luftfahrtverbandes, Staatsminister a. D. Dominicus, und nahm aus dessen Händen das Album entgegen, das die Größe der deutschen Städte an das betretene Weimarer Reich aus Anlaß des vom Deutschen Luftfahrtverband veranstalteten Weimarer Luftfahrtfestes enthält.

Berlin. Entgegen anderslautenden Meldungen wird von zuständiger Stelle erklärt, daß die Einweisungsministerium von Verhandlungen zur Annahme eines einseitigen Kredits in Höhe von 400 Millionen Mark nicht das geringste bekannt sei. Das Reichsfinanzministerium habe auch nicht die Absicht, einen Kredit anzunehmen.

Berlin. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Göbbels hatte sich beim Landgericht III in drei verschiedenen Verhandlungen wegen Verleumdung zu verantworten. Dr. Göbbels hatte sein Widersprechen mit politischen Gesichten begründet. Das Gericht erließ Vorläufige Befehle. Dazu muß Genehmigung des Reichstags eingeholt werden.

Gegen. Bei Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten wurden auch Schiffe abgegeben. Das Oberallkommando griff mit dem Summiertitel ein und nahm 20 Verhaftungen vor. Ins Marinehospital wurden drei Schwerverletzte, zwei Nationalsozialisten und ein Kommunist, eingeliefert.

New York. Einer Schätzung des Handelsministeriums zufolge betrug die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten im September dieses Jahres 3 400 000.

### Schwere Wirbelstürme in den amerikanischen Südstaaten.

New York. Aus den amerikanischen Südstaaten werden mehrere schwere Wirbelstürme gemeldet, die fürchterliche Verwüstungen anrichten. Nach den ersten Meldungen sind zwölf Tote und zahlreiche Verletzte zu beklagen. Der Schaden soll sehr groß sein. Einzelheiten stehen noch aus, da die Telefon- und Telegraphenleitungen vielfach zerstört sind.

### Der Erbauer des Suezkanals.

Am 125. Geburtstag des Grafen von Sefress. Frankreich feiert am 19. November den 125. Geburtstag des Grafen Ferdinand von Sefress, der den Suezkanal gebaut hat. Feiert ihn, obwohl dieser sehr Graf von Sefress auch der Vater des Panama-Kanals war. Der Plan der Durchfuhrung der Landenge von Suez über Sues entstand 1854. Trotz diplomatischer Schwierigkeiten auf Art brachte Sefress ein Kapital von mehr als 200 Millionen Franz zusammen, ließ die Arbeiten 1859 beginnen und brachte sie 1869 zu Ende. Die feierliche Einweihung des Kanals fand am 19. November 1869 statt und es wählten für die Kaiserin Eugenie als Vertreterin des Kaisers Napoleon III. Kaiser Franz Joseph von Österreich, Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen der spätere Kaiser Friedrich III. und andere Fürsten bei. Sefress' Verdienst hatte zur Einweihungsfeier die Oper „Aïda“ komponiert.

Der große Erfolg auf der Landenge von Suez spornte Sefress zu einem neuen Unternehmen an, dem Durchfuhr der Landenge von Panama. Dieses Unternehmen mißlang jedoch und wurde für ganz Frankreich durch die ungeheuren Kapitalverluste, die damit verbunden waren, verhängnisvoll. Im Jahre 1889 war die Panama-Kanalkommission am Ende ihrer Mittel. Um die Erlaubnis zu einer neuen Anteile zu bekommen, griff sie zu dem Mittel der Bestechung. Minister, Senatoren, Abgeordnete, einflussreiche Persönlichkeiten aller Art — unter ihnen, wie behauptet wurde, auch Clemenceau — ließen den Grafen Sefress wissen, wie die Leiter der Kanalkommission es befehlen. Der keine Mann aber brachte Sefress scharfes Geschick, um es für eine wertvolle Affäre hinzugeben. Am 15. November 1892 beschloß der Ministerrat das Strafverfahren gegen Sefress und seine Erben, wobei ein wichtiger Grund öffentlicher Korruption sich anbot. Sefress wurde zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt; doch noch der Staatsanwaltschaft ein paar Monate später das Urteil wieder auf. Es sei noch darauf hingewiesen, daß der Erbauer des Suezkanals im Jahre 1887 in einer diplomatischen Mission längere Zeit in Berlin gewesen hatte. Er starb am 7. Dezember 1894. Im Eingange des Hofens von Port Said ist ihm 1900 ein Denkmal errichtet worden.

### Die Nebelfahrt des „Do X“.

#### Dr. Dornier dankt England.

Bis zum Atlantischen Ozean hatte sich der Flug des „Do X“ von England nach Frankreich reibungslos vollzogen. Am Ozean aber stürzte dieser Nebel so schwer, daß das Flugzeug bis auf einige Meter niedergehen mußte. Als sich dann die Unmöglichkeit herausstellte, Borden auf zu erreichen, verfuhr der Vorkonsul vor, von den Landstationen einen geeigneten Landungsplatz anzuweisen zu erhalten. Man entschloß sich daher zur Wasserung. Das Flugzeug setzte nunmehr im tiefsten Nebel und bei heftiger Dunkelheit seine Fahrt auf dem Wasser fort und gab von Zeit zu Zeit Nebelsignale mit der Streich. Nach vierstündiger Fahrt auf dem Wasser traf es etwa zehn Meilen westlich von La Rochelle ein, wo sich die Vorkonsul entschloß, die Nacht über zu ankern. Einen Augenblick später kam bereits ein vom Hafen eingeeingelandetes Schiff, das die Passagiere an Bord nahm. Das Flugzeug wurde nicht im Hafen von La Rochelle den Anbruch des Tages ab, sondern drängte auf hoher See, was für die Sicherheit kein gutes Zeugnis ausstellt. Sonnabend mittig flog dann das Flugzeug nach Borden ab, wo es am Nachmittag glatt gelandet ist.

### Der Gast soll die Zehne bezahlen.

Was England von „Do X“ fordert. Vor dem Abflug des „Do X“ von England nach Borden hat, wie der „Daily Herald“ meldet, das britische Luftfahrtministerium dem dritten Offizier des „Do X“

eine Rechnung in Höhe von 1100 Pfund überreicht. Der „Daily Herald“ bemerkt hierzu, daß die Mannschaften des Flugzeuges in den holländischen Gewässern bis zu einem gewissen Grade als Gäste betrachtet worden seien. Dasselbe dürfte wohl auch in den französischen, spanischen, portugiesischen und amerikanischen Gewässern der Fall sein — nur in England nicht. Der „Do X“ habe jeden Zehnpfennig und jeden Pfennig bezahlen müssen. Selbst Boote, die von Mitgliedern der königlichen Luftstreitkräfte und deren Frauen zur Beschäftigung benutzt wurden, seien auf die Rechnung gesetzt worden.

In Rouges de Chau bei Borden wurde „Do X“ von Landen befohlen und bewandert. Eine nähere Beschäftigung wurde jedoch nur wenigen Personen gestattet.

### Die Schneefälle im Harz.

Im Harz sind erneut Schneefälle eingetreten, die zur Folge hatten, daß die Schneefälle beim Zirkus 80 cm betrug, während die Temperatur nur noch wenig über dem Gefrierpunkt liegt. Aus anderen Gegenden des Harzes wird ebenfalls über Schneefälle berichtet, der weite Strecken in ein weißes Gewand kleidete und vielfach eine Schneehöhe von über 5 cm herbeiführte.

### Der Generalfreist in Madrid.

#### 100 000 Arbeiter im Ausstand.

Die sozialistischen Gewerkschaften beschließen Sonntag gegen Abend die Verhängung des Generalfreist. Der Streik, der sofort begonnen wurde, soll 45 Stunden dauern; die öffentlichen Betriebe, die Wasserwerkzeug, die Lichtversorgung, der Verkehr und die Behörden sollen nur 24 Stunden befreit werden. Der Generalfreist wird ausdrücklich als Protest gegen die blutigen Vorfälle des Freitag bezeichnet.

Zwischen den sich die Streikbewegung auch auf Bilbao und Valladolid ausgedehnt, wo ebenfalls der Generalfreist ausgerufen wurde. Barcelona wird sich voraussichtlich auch bald anschließen.



**Frauen-Verein**  
Donnerstag abends 8 Uhr  
in „Stadt Berlin“.

**Eine Wohnung**  
zu vermieten

Holztorerstr. 31

Bestellungen auf  
**Brifets und  
Grudefoks**

nimmt ständig entgegen  
**J. Kählig's Nachf.**  
Inh.: Martha Müller  
Mühlentz. 40

**Ofenlängen**

große Fuhre RM. 18.—  
kleine Fuhre RM. 14.—  
Säumlinge, Fuhre 10.—  
Alles trocken! Frei Haus!  
empfiehlt laufend

**Wilhelm Kunze**

Empfehle preiswerte  
**Bürsten**

**Schneerbürsten**  
4reihig, Stück 20 Pf.  
**Schneerbürsten**  
5reihig, Stück 25 Pf.  
**Schneerbürsten** m. Hart  
Stück 30 Pf.

**Schrubber**  
4reihig, Stück 35 Pf.

**J. G. Fritzsche.**

**Meine große Weihnachts-  
Spielwaren-Ausstellung**  
ist eröffnet!  
Bringe große Auswahl in vielen Neuheiten!  
Billige Preise! Beschäftigung ist lohnend! Billige Preise!  
**Franz Dähne, Annaburg.**

**NEUZEITLICHES WOHNEN**  
**Ausstellung**  
im alten WITTENBERGER SCHLOSS  
vom 19. bis 30. November 1930  
in den Räumen der Volkshochschule

**Geöffnet**  
Werkstags von  
15—20 Uhr  
Bußtag u. Sonntags  
von 11—20 Uhr  
Eintritt frei

Besuch  
der Ausstellung 1929  
über 13000 Personen

**C. G. Holtzhausen**  
Teppiche, Decken, Dekoration

**Essebieb & Sohn**  
Möbel, Innenausstattungen

**Werner Flemming**  
Uhren und Optik

**Eos-Press**  
Drucksachen, Einbände

**A. Strensch Nfg.**  
Porzellan, Kristall, Bestecke

**A. Richter & Co.**  
Lichtträger, Radio

**Hermann Möbius**  
Kakteen, Blumen

**P. Wunschmann**  
Bücher und Bilder

**Gustav Lerm**  
Werkstatt für farbige Raumstimmung

**Thams & Garfs**  
Niederlage Annaburg  
Heber 1200 Niederlagen!

**Hamburger Kaffeelager**  
Bernhard Niemann

Barana-Mischung 1/4 Pfd. 55 Pf.  
Brajil-Mischung 1/4 Pfd. 65 Pf.  
Santos-Mischung 1/4 Pfd. 75 Pf.  
Haushalt-Mischung 1/4 Pfd. 85 Pf.  
Hotel-Mischung 1/4 Pfd. 90 Pf.  
Westind.-Mischung 1/4 Pfd. 1.00

**Voranzeige!**  
Sonabend, den 22. Novbr.:  
**Elternabend.**  
Vrb. - Turn - Verein „Jahn“.

**Zwangsvorsteigerung.**  
Im Wege der Zwangsversteigerung soll die dem  
Schuldner Moeller zugehörige ideale Hälfte an  
den im Grundbuche von Annaburg Band XXI Blatt  
Nr. 989 eingetragenen, nachstehend beschriebenen  
Grundstücken  
am 12. Januar 1931, um 11 Uhr  
an der Gerichtsstelle in Annaburg (Markt) ver-  
steigert werden.  
Pfd. Nr. 1 Gemarkung Annaburg, Kartenblatt  
5, Parzelle 296 Grundsteuerunterlagen 1072, Ader  
vom Gärtnerfeldplan Nr. 1 Größe 86 a 62 qm,  
Grundsteuerertrag 1,70 Tr. Pfd. Nr. 2 Ge-  
markung Annaburg, Kartenblatt Nr. 5, Parzelle 297  
Grundsteuerunterlagen 1072, Gebäudesteuerrolle 497,  
Säge- und Hobelwerk am Kleinbahnhof, Größe:  
4 a 80 qm, Gebäudefeuerungsleistung 485 RM.  
Der Versteigerungsvermerk ist am 27. September  
1930 in das Grundbuch eingetragen.  
Als Eigentümer war damals der Gutsbesitzer  
Kurt Moeller in Annaburg (ideale Hälfte) ein-  
getragen, während die andere ideale Hälfte dem  
Sägewerksbesitzer Georg Franz in Annaburg gehört.  
Es ist zweifelsfrei, daß zwei Wochen vor dem  
Termin eine genaue Berechnung der Ansprüche an  
Kapital, Zinsen und Kosten der Kläubung und der  
die Befriedigung aus dem Grundbuch bewerdenden  
Rechtsverfolgung mit Angabe des beanpruchten  
Hanges schriftlich einzureichen oder zu Protokoll des  
Urteilsbeamten der Gerichtsstelle zu erklären.  
Pretin, den 4. November 1930.  
**Das Amtsgericht.**

**Oberförsterei Annaburg**  
Nutzholzverkauf am Donnerstag, 27.  
November vorm. 10.30 Uhr im Galshaus Wald-  
schlößchen in Annaburg öffentlich meistbietend.  
Einschlag 1931:  
Sagen 47, 77, 111, 121 = Riefen Langnub-  
holz: ca 5270 Stkde = 355 fm Kl. 1b; 376 fm  
Kl. 2a; 584 fm Kl. 2b; 219 fm Kl. 3a; 49 fm  
Kl. 3b; 15 fm Kl. 4a.  
Wendungen vorbehalten. Aufmaßlisten und  
Losenteilungen durch die Oberförsterei.

Donnerstag empfehle  
**frische Seefische**  
in krammer Verpackung  
**J. G. Fritzsche.**

**Kaffeefiltrierpapier „Melitta“**  
(geschnitten, in Kartonpackung), empfiehlt  
Herm. Steinbeiß, Papierhandlung.

**Die Geißel der  
Menschheit**  
sind heute die Erkäl-  
tungskrankheiten.  
Sie schützen sich  
dagegen durch den  
steten Gebrauch der  
Kaiser's Brust-Ca-  
ramellen. Über  
15000 beglaubigte  
Zeugnisse sprechen  
für die großen Erfolge  
der bewährten

**Kaiser's  
Brust-  
Caramellen**  
mit den 3 Tannen

Zu haben bei:  
Apotheko A. Schmorde  
Drogerie Otto Schwarz  
Theobald Schunke  
Otto Riemann's Nf.  
und wo Plakate sichtbar.

Feinsten deutschen  
**Bienenhonig**  
(lose), Pfund nur 1,50 M.  
empfiehlt

**J. G. Fritzsche.**  
Sämtliche  
**Gewürze**

zum Schlachten  
empfiehlt  
**M. Selle, Markt 1**

**Geburtstags-  
Einladungskarten**  
für Kinder empfiehlt  
Herm. Steinbeiß  
Papierhandlung.

Feinste Rumänische  
**Wallnüsse**  
empfiehlt  
**J. G. Fritzsche.**

**Schrankpapier,**  
gemusert, empfiehlt  
Herm. Steinbeiß.

**Zum Totensonntag**  
empfehle  
**• Kränze •**  
sowie allen anderen Grabschmuck  
**Riech's Gärtnerei,**  
am Friedhof.

**Katakitheizöfen f. Autokühler**  
Autokühlerhauben  
Lederjacken, Lederkappen  
Lederhandschuhe

**Knieschutzleder, Elektrische und  
Karbidlampen und Zubehörteile für  
Auto, Motorrad, Fahrrad, Taschenlampen  
u. Batterien, Hausbadewannen 15,50,  
Auto-  
Motorrad- } Akku-Ladestelle  
Radio-  
Radio-Ersatzteile. Blaupunkt- und  
Telefunken-Apparate  
Auto-Reparaturwerkstelle!**

**Fritz Rödler.**  
Gertrud 253.

**Preissturz** auch in

**Pelzwaren!**  
Pelzmäntel, Garnituren, Besätze  
Kolliers, Füchse, in allen Fellarten

Renanfertigungen :: Umarbeitungen!  
Herren-Hüte • Damenhüte • Mützen  
Auto-Zacken, Mützen- u. Handschuhe  
**Wilh. Waisch,**  
Kirchnermeister.

Einkauf von rohen Fellen.  
**Zum Totensonntag**  
halten wir in dieser Woche

**• Kränze •**  
und anderen Grabschmuck  
in preiswerter und moderner Ausführung vorrätig.  
Anfertigung in der Blumenhalle ausgestellt. An-  
arbeiten empfehlen zur gefl. Beachtung.  
**Rost's Gärtnerei.**

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß Annaburg

**Lichtspielhaus**  
Neue Welt  
Morgen Bußtag 8 1/2 Uhr  
bieten wir ein in jeder Hinsicht künstlerisches  
Festspielwerk!  
Ein Großfilm der Universal!  
**Der Mann, der lacht!**  
10 Akte || Nach dem gleichnamigen berühmten || 10 Akte  
Roman von Viktor Hugo mit || Akte  
Conrad Veidt Mary Philbin  
Gwynplaine u. Dra's unglückliche Schicksale!  
Die Presse schreibt: Das ist wirkliches Drama, wirk-  
liche Tragödie, wirkliche Schauspielkunst. Eine  
Spitzenleistung die jeden Kenner des literarisch hoch-  
schönen Films bezaubern wird.  
Hierzu ein gutes Beiprogramm.  
Gute musikalische Illustration. (S. Rohr jun.)

**Palast-Theater**  
Beginn 20.30 Uhr: Beginn 20.30 Uhr:  
Morgen Bußtag, Sonnabend u. Sonntag  
Zwei gewaltige Werke:  
**Der geheime Kurier!**  
Die Tragödie einer großen Liebe in 7 Akten.  
In der Hauptrolle die weltberühmten Filmstars  
**Zwan Mosjulin und Lil Dagover**  
Ferner:  
**Der Ring der Bajadere!**  
Ein hochspannender aktueller recht  
indischer Film in sechs Akten.  
In der Hauptrolle: **Henry Stuart.**  
Beide Werke sind künstlerisch hochwertig und kann  
ein Besuch nur lohnend sein.  
Bußtag u. Totensonntag 3 Uhr: Kindervorstellung

**Torgauer Kreis-Kalender**  
Köhler's Deutscher Kalender  
Köhler's Flotten-Kalender  
sind vorrätig.  
Herm. Steinbeiß, Buchhandlg.

Die Preisentwertung.

Ein offenes Geheimnis. — Reichsbahn und Reichspost. Verbilligung der Haushaltungskosten.

Nur Lebenswert ist es, daß man die Reichsregierung in ihrem Feldzuge gegen das bisherige Preisniveau nicht allein läßt, sie nicht bloß durch Wohlmeinende, mehr oder minder gute Maschläge unterstügt. Nur Lebenswert ist es, daß auf Anregung des Deutschen Städte- tags auch die kommunalverwaltungen von den Worten zur Tat, sogar zu Taten übergehen sollen. Zur Einwirkung auf den Lebensmittelhandel, auf die Bäder, die Fleischer usw. zwecks Verbilligung der Haushaltungskosten; ferner — als Druckmittel sozusagen — zur Einführung einer klaren Preisberichterstattung, „um die Öffentlichkeit über die tatsächlichen bestehenden Preisunterstützungen zu unterrichten“. Sehr Lebenswert, — nur kommt von der Gegenseite her sofort die Forderung, die Kommunalverwaltungen selbst sollten ihrerseits nun dafür sorgen, daß diese Sandelschuppen nicht durch die hohen Betriebskosten zu sehr gedrückt werden müssen, wie doch vor allem durch die Tarife der städtischen Massenverorgungsbetriebe, durch die auf dem Sandel liegenden Gebühren und Abgaben verurteilt wird; auch auf diese Lasten soll die Preisabnahnaktion hinübergegriffen, um so mehr, als die Entwertung der Kohlenpreise und demnach auch der Gehälter und der Löhne doch eine nicht unerhebliche Kostenersparnis für die Gas- und Elektrizitätsbetriebe der Kommunen herbeiführen wird. Aber davon wollen die städtischen Verwaltungen fast überall herzlich wenig wissen, betrachten es vielmehr in ihrer übergroßen Mehrzahl als „Selbstverständlichkeit“, daß die Früchte dieser Kostenersparnis schlemmig in die notleidenden Kommunalaffären fließen. Außerdem „begründet“ man die Ablehnung der Tarifermäßigung damit, daß die entsprechende Preisentwertung viel zu gering sein würde, um sich ein ein- zeln zeitweiliger Mühsal zu machen. Unbedingt überzeugend freilich wirkt eine derartige Beweisführung aber nicht, besonders, weil es offenes Geheimnis ist, daß der eigentliche Grund für diese Weigerung ganz woanders zu suchen ist in der unbestreitbar vorhandenen allgemeinen Finanznot der Städte, die zwar eine Zeitlang der an sie abzuführenden Überschüsse aus ihren Versorgungsbetrieben sehr gut zuversichtlich waren, nicht aber auch nur zeitweiliger Mühsal, Kontraktur durch Privatbetriebe solcher Art ist nur in seltenen Fällen vorhanden, während andererseits bei verschiedenen gemischt-wirtschaftlichen Großbetrieben der Kommunalverbände und Länder die Preisentwertung für den Elektrizitätssektor bereits erfolgt ist. Die Kommunen haben das als „Verleier“ des gelebten Stromes sehr gern „mitgenommen“, bloß die Verbrauchernassen merken nichts davon, und nicht sehr anschaulich ist es auch, daß sie bald etwas merken werden.

Genau harnackig ist die Reichsbahn; auch sie führt dieselben Gründe ins Feld, um jede augenblickliche Ermäßigung der Tarife durch Tarifermäßigung als untragbar zu bezeichnen. Aber ist es ja richtig, daß sich bei den meisten im wichtigsten Verkehrsmittel der Wirtschaftstätigkeit geradezu katastrophal auf die Einnahmen auswirkt und man bei ihr mit einem gewissen Defizit von 600 bis 700 Millionen Mark zu rechnen hat. Außerdem ist es eine alte Erfahrung, daß sich die Schwankungen der Wirtschaftsjahresumlauf nach oben oder unten bei der Reichsbahn erst nach zwei oder drei Monaten voll geltend machen; so wird auch je nach den Umständen, die ihr gleichfalls aus der Entwertung der Kohlen- und sonstigen Materialpreise sowie aus dem geplanten Schiffs- und Seehabitar erwächst, aufwärts hinnehmen, aber, wie bereits angeklagt, allen Wünschen nach einer grundsätzlichen Tarifentwertung eine liberale alte Schulter weisen. Auch ihr gewährt der Monopolcharakter die Möglichkeit dazu, wenn freilich die Konkurrenz des Autos ihre monopolistische Vormachtstellung hier und da schon erschüttert hat. Anders, erfreulicher, ausbreitender aber liegen die finanziellen Verhältnisse bei dem zweiten großen „Verkehrsinstrument“ der öffentlichen Hand, nämlich bei der Reichspost. Ihr Minister Schögel hat im letzten Haushaltsjahr schmuggelnd einen Überschuß von einer viertel Milliarde melden können, was die Reichspost damit „bieten“ mußte, daß die von ihr an das Reich abzuführende Summe demnächst beträchtlich erhöht wurde. Aber sie könnte doch nun recht bald der Frage einmal näher treten, ob es gerade jetzt nicht wirtschaftlich zweckmäßiger wäre, durch eine Entwertung der Vorkosten und Tarife bei der Preisabnahnaktion mitzuwirken; der Reichspostminister würde sich dadurch ein nicht zu unterschätzendes Verdienst erwerben, wenn er der Wirtschaft die Kostenlast erleichtert, die ihr der gleichfalls monopolistische Postbetrieb auferlegt. Und das muß durchaus nicht zu einem dauernden Einnahmehinwärtigen führen.

Man braucht also nur die Schleißen ein wenig zu öffnen — und schon drängt sich eine Fülle leider nur allzu berechtigter Klagen über die hochgeheigerte Zahl der Tarife und Gebühren, der Steuern und Abgaben heraus, die dem Handel und Gewerbe auferlegt sind, immer noch höher wachsen und daher die jetzt so bedauerlich unangenehme Handelskrisis bedauern. Eine kleine Erleichterung steht für Handel und Gewerbe, auch für die Landwirtschaft und die industrielle Erzeugung insofern in Aussicht, weil die jetzt betriebene Reichsfinanzreform auch das Problem der besonders drückenden Realsteuern angeht. Doch selbst wenn eine Begrenzung oder Ermäßigung dieser Steuern Geschäft wird, so werden sie dann bestmögliche Vorteile verschaffen, aber nur, ist ein bestimmtes Verbilligungsmaß der Zahlungen ausfallen, soweit diese eben durch jene Tarife, Abgaben usw. bestimmt werden. Das Wort „unmöglich“ hat im Laufe der Preisabnahnaktion viel von seinem unbedingten Eindrud verloren und schon jetzt der Verbraucher hinter sich ein „unmöglich“ fast immer ein — Fragezeichen, und zwar, wie die Erfahrung belehrt hat, durchaus nicht verfahren werden, wenn das „unmöglich“ aus dem Munde der Behörden kommt.

Dr. Gerike bei Brüning.

Landvolk wird auf Initiativanträge verwiesen.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing den Vertreter der Landvolk-Partei, Dr. Gerike, zu einer Aussprache über schwebende politische und kommunalpolitische Fragen. Die Reichsregierung vertritt den Standpunkt, daß die Not- bedingung ein geschlossenes Ganzes darstelle, die nicht durch Veränderungsvorschläge der Parteien im Haushalts- ausfluß geändert werden könne. Etwas von den Parteien gewünschte Veränderungen könnten nur durch Einbringung von Initiativgesetzentwürfen herbeigeführt werden.

Deutschnationaler Antrag auf Sperrung der Polizeigelder für Preußen.

Dr. Eugen Berg und die Deutschnationale Fraktion haben im Reichstag einen Antrag auf Einstellung der Zahlungen des Polizeifiskus an den Staat Preußen bis zum 31. Dezember 1930 eingebracht, da die Zusammen- setzung der preussischen Staatsregierung, in besonderem die Person des Ministerpräsidenten und des Ministers des Innern, keine Gewähr dafür bietet, daß die vom Reich für Polizeizwecke überwiefsenen Mittel im Sinne der Ver- fassung und der Gesetze verwendet werden.

„Hausfrau hilf Dir selbst“.

Der Verbraucher hat das Wort! — Ein Ausruf des Preisausschusses.

Die von dem Rohmaterialausfluß für Arbeits- und Preisfragen in Wirtschaftliche Verbraucher sind nunmehr vernehmlich. Die längere Erklärung betont ein- leitend die Notwendigkeit der Herabsetzung der Preise auf der ganzen Linie und führt u. a. fort: Die ungezählten und vielfachartigen wirtschaftlichen Vorgänge des täglichen Lebens können nicht durch staatlichen Zwang in diesem Sinne einseitig und plötzlich gestaltet werden. Zwang ist ge- boten, wenn der wirtschaftlichen Entwicklung wider bessere Erkenntnis Hindernisse bereitet werden, die anders nicht zu beseitigen sind. Fast noch wichtiger aber ist der Druck der Verbraucher und der öffentlichen Meinung auf Wider- stand. Wenn durch die Hand der Hausfrau jährlich etwa 25 Milliarden deutschen Volkseinkommens gehen, so ist es vornehmlich auch sie, die auf die Preisabnahme für- stlich Einfluß nehmen kann. Sie kann die Verkäufer und die Waren bevorzugen, durch die sie billiger und besser bedient wird als durch andere. Die öffentliche Meinung braucht es nicht zu duben, daß durch Zurückhaltung im Preisabbau Einzelne unbedeutende Vorteile haben, wenn andere in stiftiger Erkenntnis der Lage Opfer brin- gen. Der Preffe jeder Richtung und Größe, besonders an den Zeitungen auf dem Lande sind hier wichtige volkwirt- schaftliche Aufgaben erwachsen, die verdientvoll gelöst wer- den können. Gerechtigkeit kann insbesondere der Landwirt fordern, dessen Preise weit unter den Stand anderer Wa- ren hinabgefallen sind.

Es folgt eine Zusammenstellung der bisher erzielten Fortschritte in der Abwärtsbewegung der Preise. Zunächst gelten die getroffenen Vereinbarungen nur für Berlin. Das preussische Handelsministerium hat bei ihrem Zustandekom- men mitgeteilt. Mit den Regierungen der anderen Län- der wird die Reichsregierung selbstverständlich ebenfalls in diesem Sinne zusammenarbeiten. Als beabsichtigt wird auch die Aktion des Deutschen Städtebundes erwähnt. In man- chen Fällen, so heißt es zum Schluß, werden sich die Ab- schläge vom Preise im Einzelhandel nur in Vermitt- lungen auswirken. Aber sich der Inflationskräfte noch nicht entziehen kann, auf fünf- oder Sechshundertbeträge abzurufen, der wird genug Gelegenheit haben, den Er- folg der Preisentwertung zu verkümmern. Tatsächlich aber ist die Zeit dazu zu eilig. Auch der Bruchteil eines Pfennigs gewinnt in der Volkswirtschaft mehr Bedeutung denn je. Darum muß der Pfennig als Rechnungseinheit anerkannt und gewertet werden. Die erforderlichen Maßnahmen sind in Vorbereitung, die es ermöglichen sollen, dem auch im Zahlungsverkehr Rechnung zu tragen.

Deutschland gewinnt zwei Prozesse.

Die beiden großen amerikanischen Sabo- tageprozesse zugunsten Deutschlands entschieden.

In den zwei großen Sabotageprozessen, die seit mehre- ren Jahren vor der deutsch-amerikanischen gemischten Kom- mission schweben und in denen Schadensersatzansprüche gegen das Deutsche Reich in der Höhe von etwa 40 Milli- onen Dollar geltend gemacht wurden, ist nunmehr die Ent- scheidung zugunsten Deutschlands gefallen.

In dem ersten der beiden Prozesse, der unter dem Na- men „Wald Tom-Fall“ bekannt ist, handelt es sich darum, daß am 30. Juli 1916 auf dem Frachtdampfer einer ameri- kanischen Eisenbahngesellschaft im Hafen von New York, der den Namen „Wald Tom-Territorial“ führt, eine große Explosion geschah, bei der ein amerikanischer Munition- verband zur Explosion kam.

Der zweite Prozeß, der sogenannte „Kingsland-Pro- zeß“, bezog sich auf die Zerstörung einer Munitionsfabrik, die am 11. Januar 1917 in dem nahe New York gelegenen Orte Kingsland erfolgte. In beiden Fällen wurde von den Geschädigten die Behauptung aufgestellt, die Zerstö- rungen seien das Werk deutscher Agenten gewesen, die von deutschen amtlichen Stellen den Auftrag erhalten hätten, Sabotageakte in den Vereinigten Staaten auszuführen.

Das vorläufige Ergebnis der Danziger Volkstagswahl

Die Zählung der bei den Wahlen zum Volkstag abge- gebenen Stimmen war bis 22 Uhr bereits soweit fortge- schritten, daß ein dießmaliges vorläufiges Gesamtergebnis vorliegt, das allerdings, wenn auch nicht im großen Umfang, noch einige Veränderungen erfahren hat. Danach erhielten die Sozialdemokraten 54007 (1927 61779), Nat.-Soz. 34000 (2130), DVP 28000 (35826), Lit

28000 Stimmen (26096); zu den Zentrumstimmen sind noch 1900 Stimmen der Christlichen Volkspartei zu zählen, so daß das Zentrum einen Gewinn von etwa 3900 Stimmen zu verzeichnen hat. Die Kommunisten erhielten 20 000 Stim- men (11700), die Deutsch-Danziger Arbeiterschaftspartei 6800 (8010), die von den Deutschnationalen abgetrennte Deut- sche Volksgemeinschaft 6500 Stimmen, die Nationalverbände 5000 Stimmen (5351), die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft (Wandpartei) 4800 (3227), die bürgerliche Arbeiterpartei 4000 (6204). Die polnische Wirt- schaft 6000 Stimmen gegen- über 5604 bei den vorigen Wahlen. Hierzu sind noch 1800 Stimmen der polnisch-katholischen Liste zu rechnen, jedoch die Polen einen Gewinn von 1100 Stimmen zu verzeich- nen haben.

Das Wahlergebnis in Karlsruhe.

Die Gemeindevahlen in Karlsruhe haben folgendes Ergebnis (in Klammern die Ziffern der letzten Reichstags- wahl und die Mandate der Gemeindevahl von 1926):

Zentrum 11039 Stimmen (14670) 16 Sitze (19 Sitze); Sozialdemokraten 12719 Stimmen (21428) 18 Sitze (24); Deutsche Volkspartei 2512 Stimmen (Einheitsliste) 3 Sitze (12); Nationalsozialisten 18 889 Stimmen (23014) 28 Sitze (0); Staatspartei früher Demokraten) 2031 (9513) 3 Sitze (5); Kommunisten 5803 Stimmen (8611) 8 Sitze (6); Cv. Volksliste 2688 Stimmen (4463) 3 Sitze (0); DVP 1535 Stimmen (2378) 2 Sitze (9); Arbeiterschaftspartei 2111 Stim- men (2731) 3 Sitze (3); Bauernpartei 0 Stimmen (48) 0 Sitze (0).

Die Gemeindevahlen in Mecklenburg.

Am Sonntag fanden in beiden Mecklenburg die Ge- meindevahlen statt. Im allgemeinen konnte man beo- bachten, daß die Wahlbeteiligung schwächer als bei den Reichstagswahlen war. Sie belief sich im Durchschnitt auf 70 bis 75 v. H.

Im einzelnen ergaben die Stadtwahlvereine in Schwerin und Neustrelitz folgendes Bild: Schwerin: Wärl- ger, Einheitsliste 5899 (11 Mandate), Gruppe für Volks- wohlfahrt 1719 (3 Mandate), Rationale Wirtschaftliche 1825 (3 Mandate), Chr.-Soz. Partei 143 (0 Mandate), Sozi- aldemokraten 7848 (17 Mandate), Kommunisten 676 (1 Mandat), Chr.-Soz. Volksliste 927 (0 Mandat), Nat.-Soz. 6513 (13 Mandate), Christliche 313 (3 Mandat), Freiwirtschaftliche Angehörten 852 (0 Mandat), Neustrelitz: Kommunisten 512 (2 Mandate), Beamte 1083 (3 Mandate), Nat.-Soz. 793 (3 Mandate), Handel, Handwerk und Gewerbe 790 (3 Mandate), Bürgerl. Einheitsliste 175 (0 Mandate), Sozialdemokraten 1088 (4 Man- date), Volkrechtspartei 303 (1 Mandat), DVP 593 (3 Mandate).

Wieder fünf Todesurteile in Sibirien vollstreckt.

Sonntag. Die aus Moskau gemeldet wird, verurteilt das Gericht in Tomsk (Sibirien) fünf Personen, darunter zwei Schüler, wegen Spionage mit Zilbergeld und Vermögensmitteln zum Tode. Die Todesurteile wurden am Sonntag durch die Wache der G. U. B. vollstreckt.

Das englische Indienprogramm.

Die Vorschläge der britisch-indischen Regierung. Die Vorschläge der britisch-indischen Regierung für die politische Neuordnung in Indien gehen nicht so weit über den Simon-Bericht hinaus, wie im nationalindischen Lager vielfach erhofft wurde. Der Bericht wird einen weitestgehenden Bekanntheit der Verhandlungen der Englisch- Indischen Konferenz bilden. Nach eingehender Schilde- rung der in Indien wirkenden politischen Kräfte wird in dem Bericht

die Bedeutung der nationalindischen Bewegung unterstrichen, deren Stärke man bei den letzten Wahlen erkannt habe, so daß die Art der Selbstregierung in die n- stigen Einrichtungen sorgfältig werden müsse. Der Gedanke eines allindischen Bundes wird an- genommen. Seine Verwirklichung hänge jedoch zum großen Teil von der Stellung der indischen Staaten ab. Den Provinzen soll ein Höchstmaß von Autonomie ge- geben werden.

Attentat auf Ministerpräsident Hamaguchi.

Der Minister schwer verwundet.

Auf den japanischen Ministerpräsidenten Hamaguchi wurde am Bahnhof in Tokio ein Schuß abgefeuert. Die Kugel drang dem Premierminister in den Unterleib. Der Täter, ein junger Mann, wurde verhaftet.

Nach einer ersten Untersuchung des Verletzten im Bureau des Bahndienstverwalters erklärte der Arzt, daß die Wundschäden auf eine Selbstverletzung aus seien. Der Minister wollte sich zur Zeit des Attentats gerade nach Okanawa begeben, um den dort beginnenden großen Jahresmanövern beizuwohnen. Die Regierung teilt mit, der Zustand des Ministerpräsidenten erzeuge vorläufig keine große Besorgnis. Die Ärzte wollen eine Operation unternehmen und die Kugel entfernen. Der Attentäter wurde einem zehnjährigen Verhör unterzogen, es konnte aber nicht geklärt werden, weshalb er den Mordanschlag ver- übt hat. Einige Beobachter wollen wissen, daß der An- schlag als Protest gegen den Anfluß Japans an die Ver- schärfung der Seebefristungskonferenz geführt worden sei, andere behaupten, daß der Attentäter linksstehenden Krei- sen angehöre und die Tat aus Protest gegen die Ablehnung der Regierung in der Arbeitslosenunterstützungsfrage ver- übt habe. Bei dem Attentäter wurde noch ein Dolch ge- funden, und man nimmt an, daß er sich Leben nehmen wollte. Am einen Selbstmord vorzubringen, steht der Attentäter unter strenger Bewachung mehrerer Polizei- beamten.

## Hans Fischer, der Nobelpreisträger für Chemie.

Der Mann, der den Butylarborf künstlich herstellte. Der Münchener Professor Dr. phil. et med. Hans Fischer ist der vierteutsche Deutsche, der den Nobelpreis für Chemie erhalten hat. Er ist der einzige Deutsche, der diesen Preis für Chemie in Deutschland erhalten hat, eine geradezu überaus wichtige Anerkennung der hohen Bedeutung der deutschen chemischen Wissenschaft.

Hans Fischer stammt aus Höchst am Main und steht im 50. Lebensjahre. Er war Privatdozent in München, wurde dann dortselbst als außerordentlicher Universitätsprofessor und kam, nachdem er mehrere Jahre in Innsbruck und in Wien doziert hatte, 1921 als ordentlicher Professor an die Technische Hochschule in München. Er beschäftigte sich hauptsächlich mit der Blut- und Gallenfarbstoffchemie und machte im vorigen Jahre auf diesem Gebiete eine grundlegende Entdeckung: es gelang ihm nämlich, den Butylarborf künstlich herzustellen. Er ging dabei aus von dem Produkt Pyrolo, das im Steintohlenruß vorkommt; dieses Produkt wandelte er darat, daß er zuletzt den künstlichen Butylarborf erhielt. Die praktischen Auswirkungen dieser Entdeckung lassen sich noch nicht übersehen.

### Der indische Nobelpreisträger für Physik.

Der indische Nobelpreisträger für Physik, Chandrasekhara Venkata Raman, ist der zweite Indianer, der einen Nobelpreis erhält; der erste war, wie man weiß, der indische Dichter Rabindranath Tagore. Raman — wie der neue Nobelpreisträger kurzweg genannt wird — war ursprünglich Verwaltungsbeamter und widmete sich erst verhältnismäßig spät der Gelehrtenarbeit. Er studierte besonders die Physik des Lichtes, und seine Versuche über die Eindringung des Lichtes in Flüssigkeiten und in Kristalle haben zu wichtigen Ergebnissen geführt.

### Reisepech von „Do X“ Passagieren.

Ein tollkühner Sprung auf das Flugschiff. Als das Flugschiff von Casco nach Bordeaux startete, fuhr es über das Wasser, konnte aber anscheinend nicht loskommen, so daß der Start um eine Stunde verzögert wurde. Außer der Mannschaft und den Offizieren befinden sich elf Personen an Bord. Der zweite Passagier war im Augenblick des Starts nicht zugegen und nach fünfminütigem Warten ging das Flugschiff ohne ihn ab. Ein zweiter verspäteter Passagier war Hauptmann Baird. Er kam gerade in dem Augenblick an, als der „Do X“ bereits über das Wasser fuhr. Er eilte dem Flugschiff mit einem Motorboot nach.

Noch im letzten Augenblick gelang es ihm, in das Flugschiff einzusteigen, worauf der „Do X“ sich vom Wasser hob. Man sah von Land aus, wie eine Person, anscheinend ein Offizier des Schiffes, auf einem Schwimmer des „Do X“ stand und lebhaft mit den Händen winkte, um Kapitän Vidal darzumachen, daß er nicht an Bord kommen könnte. Dieser ließ sich jedoch nicht betören, sondern brang vom Motorboot ab den Schwimmer und verschwand dann zusammen mit dem Offizier durch die Tür des „Do X“.

Eine Viertelstunde vor dem Start des Flugschiffes brachte ein Motorboot die Nachricht nach Southampton, daß zwei der Passagiere, Lady Drummond Hay und Kapitän Vidal, nicht an Bord seien. Darauf wurde dem Flugschiff eine Mitteilung gemacht, daß die beiden das Hotel verlassen hätten. Sie waren noch nicht zurückgekehrt und insofern dessen ging der „Do X“ ohne sie ab.

Die beiden Passagiere Lady Drummond Hay und Karl von Blegand waren zusammen mit einem weiteren Passagier nach Southampton im Kraftwagen nach Calbot gefahren. Unterwegs gerieten sie jedoch in dichten Nebel und vertriehen sich, so daß sie nach Southampton zurückkehren mußten. Darauf mit einem kleinen Dampfer, um an Bord des „Do X“ zu gelangen. Infolge des Nebels konnten sie jedoch das Flugschiff nicht finden.

Als sich der Nebel gehoben hatte, konnten sie zu ihrem Ärgern gerade noch sehen, wie das Flugschiff abließ. Sie lebten nach London zurück und wollen im Flugzeug nach Paris und von da nach Bordeaux nachreisen.

## Die Gähne der Julia Lindholm.

Roman von J. Schneider - Foerstl.

50. Fortsetzung

Rachend verboten

Was der Imperator weiter noch plauderte: Vom Tag der Abreise, der Route, die man nehmen würde, daß die „Balkan“ zur Überfahrt bestimmt war und die Hotels bereits Zimmer reserviert hatten, hörte sie gar nicht mehr. Wenn sie das Zimmer vor ihrem Blick nicht legte, würde sie ganz bestimmt in den nächsten Minuten vom Stuhl sinken. Angstvoll hielt sie die Finger um die gefälschte Leine des Gefessels geklemmt und sah nach dem Mann hinüber, der jetzt ruhig wieder die Füßle der Juristin schraubte und dann langsam in seine Tasche glitt. Sie hörte noch kein „Auf Wiedersehen, Gnädigste!“ dann war er fort.

Statt seiner stand fünf Minuten später Bastian Lindholm im weißen Arbeitskleid seines Laboratoriums vor ihr und stemmte mit einem Aachen beide Hände gegen die goldgefarbte Gabelnende des ovalen Tisches. Wenn die Gabel klapp, Aach, heißt du heute das letzte Mal auf den Brettern. Es wird ein Bombenwurf, wie ihn noch keiner getan hat. Ich hab's gesehen! Er drückte erst die Fingerpfeifen an die Schläfen, dann schob er sie langsam unter die Achsel seiner Frau und hob sie mit leichten Händen zu sich empor. „Gut nicht doch an, du! — Frag doch! Seit wann hast du denn das Aachen verlernt?“

„Was ist?“ Sie hielt die Augen halb geschlossen und ließ die Stirn gegen seine Wangen sinken.

„Seit wann du das Aachen verlernt hast! Aber ich zeig dir's wieder, wie man's macht! Ich zeig dir's wieder! Leg deine Hände um meinen Kopf, daß er mit nicht zerpringt. Was noch keinem gelüßt ist — ich hab's gefunden! Die rechte Verbindung aller Stoffe. Man wird künftig statt tausend Zentner Rohlen nur mehr hundert brauchen! Statt Milliarden Sonnen Del nur mehr einen Bruchteil!“

## Der Schadenerfah für die „Baden“.

Ein Brief des Kapitäns.

Aus einem Privatbrief des Kapitän Nolin von dem im Hafen von Rio de Janeiro beschossenen deutschen Schiff „Baden“ veröffentlichten Hamburger Blätter eine genaue Beschreibung über die Beschädigung. Danach hatte Kapitän Nolin von Santoskapitan die erbetene besondere Erlaubnis zum Verlassen erhalten und wollte den Hafen verlassen. Die „Baden“ führte Klagen in allen Zöppen und griffte alle Forts und staatlischen Gebäude beim Passieren. Dieser Grund wurde auch von allen Seiten erwidert. Auf dem an der Hafeneinfahrt liegenden Fort St. Cruz war kein Signal sichtbar. Die „Baden“ dampfte daher weiter. Als wir so etwa zehn Minuten weitergefahren waren, sagt Kapitän Nolin dann, hörten wir eine Detonation, der über weiteren fünf Minuten eine zweite folgte. Wir konnten nicht nachsehen, aus welcher Richtung der Schuß kam. Als wir etwa vier Seemeilen von der Hafeneinfahrt entfernt waren, erfolgte eine fürchterliche Erschütterung im Schiff. Wir hatten einen Volltreffer in den Hinterrumpf bekommen, der über Bord gerissen wurde. Durch die Granatplitzer einer 24- oder 28-Zentimeter-Kanone wurden die Menschen, die auf dem Achterdeck standen, niedergemäht. 26 Tote lagen umher, einigen waren die Köpfe und anderen die Beine glatt abgeritten. Weiter fanden wir etwa 35 Verwundete. Ich drehte sofort um und lief in den Hafen zurück, wo wir wieder an den Kai gingen und unsere Toten und Verwundeten landeten.

Die Ausführungen von Kapitän Nolin sind um so bemerkenswerter, als gemächlich von brasilianischer Seite annehmen der Verleumdung gewidmet werden, der Schadenhaft zu verweisen, um der Pflicht zum Schadenersatz aus dem Wege zu gehen.

### Korrekttes Verhalten der Schiffseilung.

Aus dem gleichfalls von der Direktion der Hamburg-Amerika-Linie veröffentlichten dieftlichen Bericht des Kapitän Nolin geht ebenfalls ein durchaus korrektes Verhalten der Schiffseilung hervor. Auf dem Fort Santa Cruz wurde zwar ein Flaggensignal, dieses hatte aber nach dem internationalen Signalbuch die Bedeutung, das Boot kann mit Andern nicht vorwärtskommen“. Der Kapitän nahm an, daß dieses Signal nicht ihm gelten konnte und überhaupt kein internationales Signal sei, sondern für den Hafen bestimmt sei. Als die „Baden“ das außerhalb der Mündung liegende Fort Copacabana passierte, hing dort etwas an Flaggennast, das der Kapitän für eine rote Flagge, der Erste Offizier dagegen für einen herabhängenden Genesensstern hielt. Während die beiden sich noch demühten, den Gegenstand zu erkennen, fiel bereits der verhängnisvolle Granatknall.

### Neue Hochwassernot.

Überflutungen in Ostpreußen und Rommern. Memelstrom, Gange, Regel und die anderen in die Gasse mündenden Flüsse führen durch Stauwind Hochwasser. An der Memelmündung sind die Außendeichländerien überflutet. Die Krone des Deiches ist vielfach vom Wasser erreicht. Der gesamte Deichschuß ist alarmiert, um einen Deichbruch zu verhindern.

In Königsberg stehen die am Regel liegenden Straßenzüge und Märkte unter Wasser. Willkür und Grausamkeit sind dabei, die Bewohner aus den überfluteten Wohnungen mit Hilfe von Wagen herauszuholen. An der Regelmündung sind Pioniere eingesetzt, die das Vieh von den überfluteten Weiden und Gehöften mit Pontons retten.

Durch den unangünstigen Nordwestwind ist auch das Wasser der Ost- oder Erbarner noch weiter gestiegen. Durch den gewaltigen Wasserdurchbruch der Deiche an beiden Seiten der Oberdeiche waren schon überflutet. In den von dem Hochwasser besonders bedrohten Ortshäfen Müldappe und Eichwerder mußten mehrere Wohnhäuser geräumt werden. In dem großen Gemeindegelände ist schwerer Schaden verursacht worden. Es muß mit einem weiteren Steigen des Wassers gerechnet werden.

## Bestellungen auf die Annaburger Zeitung werden jederzeit entgegengenommen.

## Ein Mord um drei Kühe.

## Ein Mord um drei Kühe.

Nach siebzehn Jahren entdeckt. Nach siebzehn Jahren wurde ein fighuerrlicher Mord aufgedeckt, den drei Brüder an ihrem Anecht im Jahre 1913 verübt haben. Die Angelegenheit ist um so rätselhafter, als wahrscheinlich das einzige Motiv der Mordtat der Wunsch gewesen ist, sich drei Kühe des Ermordeten anzugewinnen, die dieser sich aus getarntem Geld angeschafft und im Stall seiner Irtelgeber eingesperrt hatte. Die drei Brüder lebten im kleinen Wadadi und waren bisher angehende Bauern, die frei von jedem Verdacht waren, da man annahm, daß der Anecht nach Amerika ausgewandert sei. Jetzt hat man im Keller des Hauses der Brüder den Leichnam des Anechtes gefunden und die Brüder als mutmaßliche Täter verhaftet. Zwei von ihnen haben bereits ein Geständnis abgelegt.

## Deutsches Flugzeug „Do G“ in Paris.

Nach erfolgtem Fernflug auf der Seine gelandet. Das viermotorige deutsche Flugzeug „Do G“, das in Friedrichshafen zu seinem ersten Fernflug Rotterdam—Le Havre—Paris mit 6 Mann an Bord aufgeflogen war, ist auf der Seine bei Suresnes (Paris) niedergegangen.

## Neuer Erderschlag in Lyon.

In Lyon fand am Sonntag die Befreiung der ersten vier aus den Schutzmafen gehörigen Erderschlag der Erderschlag hat. Bei den Aufräumarbeiten sind bis jetzt insgesamt 12 Tote, darunter 7 Feuerwehrlente, freigelegt worden. Am Sonntag hatte sich ein unübersehbarer Menschenmenge am Ort der Katastrophe eingefunden. Da fortgesetzt Wegen fällt, befrüchten die Sachverständigen, daß der linke Flügel des auf der Anhöhe gelegenen Krankenhauses jeden Augenblick einfallen kann.

Am Sonntag vormittag ereignete sich ein neuer Erderschlag, wobei ein weiterer Teil der Stützmauer zusammenbrach. Neue Opfer sind nicht zu befürchten, da man die Gefährdung bereits vorausgesehen hatte.

## Madrid eine tote Stadt.

Keine Ausbreitung des Generalfreits auf die Provinz.

Die Streikleitung hat in der Nacht zum Sonntag ihren Zweigorganisationen in den Provinzen anempfohlen, gegenüber dem Generalfreit in der Hauptstadt eine abwartende Haltung einzunehmen, da der Streik in Madrid lediglich als eine örtliche Unternehmung gedacht sei. Demgegenüber machen jedoch die kommunistischen Gewerkschaften die größten Anstrengungen, den Streik auch auf die Provinz auszuweiten. Madrid macht den Eindruck einer toten Stadt. Alles ist lahmgelegt, die Bäden, Theater, Kinos, und Cafés sind geschlossen. Der Verkehr ruht mit Ausnahme der Eisenbahn vollständig. Selbst die Arbeiterorgane sind unterbunden, was unter Umständen zu ernstlichen Forderungen führen kann. Zu Zwischenfällen ist es bisher noch nicht gekommen.

## Rommunalpolitische Tagung des Mitteldeutschen Handwerkbundes.

Der Mitteldeutsche Handwerkbund, Landesverband Magdeburg, hatte seine Kreisverbände und Ortsgruppen zu einer kommunalpolitischen Tagung eingeladen. Nach kurzen Begrüßungsworten des Handwerksammerpräsidenten Pflümann trat der Überdingermeister A. D. Jachmann als Wort zu seinem Referat über „Kommunalpolitik der Gemeinden“, in dem er zunächst auf die Entwicklung der Gemeindeverhältnisse in der Nachkriegszeit bis 1930 einging. Zwei politische Parteien seien es gewesen, die in der Nachkriegszeit die Gesetzgebung, und vor allem die Steuererhebung wesentlich beeinflusst hätten. Namentlich unsere Steuererhebung habe eine fast bolschewistische Ader. In der Hauptstadt müsse die große Steuerlast von den mittleren und kleinen Steuerzahlern aufgebracht werden. Bei den großen Tribulationen sei es garnicht anders möglich, als daß die Wirtschaft ausgepumpt werde. Der Staat des Reiches habe vor dem Kriege 7,5 Milliarden

## Manu verweigert seine Zustimmung.

Manu verweigert seine Zustimmung. Bastian! Ich möchte den sehen, der da noch etwas daran ändern wollte. Wenn du dich nicht getraut, geh ich selber.

Sie ließ verschlagen in ihrem Stuhl und hielt die Hände im Schoß gefaltet. Ich kann ja den Vertrag nach einem Wiederbesuch wieder kündigen, Bastian!

Sieht kindisch du ihn! fuhr er auf. Jeh! Sofort! Hast du mich verstanden? Ueberrings — keine Stimme bekam er. Ueberrings ein ganz ordentlicher Klang — wenn dir das Zusammenhine mit mir nicht mehr paßt, kannst du dich ja scheiden lassen.

Bastian! In hilflos starrem Schrecken hing ihr Blick an ihm. Bastian!

Ich will keine Frau, trockte er, die sich drüben in Amerika viel Gott wo herumtreibt, während ich hier in Hamburg den Altmungsalen frische!

Den Altmungsalen? zitterte ihre Stimme auf. Ich, trumple er, als ob bei euch vom Theater immer alles so ganz — ganz sauber wäre.

Sie war aufgesprungen und hatte ihn hüftübergewandten Gefächts an, während die Augen hüftübergewandten in die seinen trafen. Nimm das jurist! Bastian! Oder —

Ober! höhnte er, mehr im Ausdruck des Jornes als der Befreiung.

Sie hielt die Schläfen mit den Fingerpfeifen fest und faltete die Hände unter dem Arm zusammen. Das es so kommen müßte, hast du nicht gesehen? Ergänzte er. Wenn man verheiratet ist, kann man es nicht mehr machen wie ein Mädchen, das einfach seiner Wege geht, wenn ihm etwas nicht mehr paßt. Ich lasse dich ja auch nicht hier allein sitzen und tue, was ich will und was mir behagt. — Ich habe sogar meine Mutter für dich hingegeben! — Meine Mutter! — Und du darfst es mit mir!

Ich werde zu Lottermann ins Hotel fahren. Das ist ja vernünftig, Kind. Weleicht läßt er mit sich reden. (Fortsetzung folgt.)



Empfehle in nur guter und preiswerter Qualität:

Extra schwere Herren-Windjaken, gefüttert  
Herren-Winter-Zoppen  
Herren-Manchester-, Cord-,  
Breeches- u. Pilot-Hosen  
Blaue Arbeitsjaken u. Hosen  
Herren-Westen u. Pullover  
Kinder-Strick- und  
Manchester-Anzüge  
**Seb. Schimmeyer.**

### Jagdgewehre

Jagdpatronen, Wolf, gelb und blau  
und Rottweil, schwarz  
Kleinkaliberbüchsen mit  
Teschings zugehöriger  
Luftgewehre Munition  
Gewehrreinigungsmittel,  
Ballistol  
Werg-, Putzstöcke usw.  
Gewehrfutterale  
Jagd- und Touristenrucksäcke  
Jagdnicker,  
Raubtierfangeisen,  
Touristen- und Feldflaschen  
Thermosflaschen  
**J. G. Fritzsche.**

### Margarine

Pfund 55 Pf. und 1.00 M.

Neu aufgenommen:  
Margarine mit Gutfine auf schöne und nütz-  
liche Gebrauchs- Gegenstände! Bestehen Sie  
bitte dieselben in meinem Laden.  
Ein Besuch lohnt!

Empfehle noch:

ff. Kaffee zu 80 Pf. und 1.00 M.  
Fett-Büdlinge Bratheringe  
Salzheringe Räucherheringe  
ff. Rahm Pa. Nupel

Markt 1 **M. Selle** Markt 1

### Extra billig!

◆ Fett-Büdlinge 1 Pfd. 40 Pf.  
◆ Fett-Heringe 10 Stk. 50 Pf.  
◆ Seelachs-Schnitzel  
1 Pfd.-Dose 73 Pf.  
◆ Limburger 1 Pfd. 55 Pf.  
◆ Harzer Käse 20 Stk. 55 Pf.  
◆ Camembert Schachtel 3 Eden 50 Pf.  
und noch 5 Proz. Rabatt in Marken.  
◆ **J. Kählig's Nachf., Mühlenstr. 40**  
Inh.: Martha Müller.

### Drahtgeflechte für alle Zwecke

Drahtzäune, Türen und Torwege,  
Spalier- u. Gehege-Draht, schwarz  
u. verzinkt, alle Sorten u. Stärken,  
Drahtstifte und Ketten.  
Einkoch-Apparate und Gläser,  
eiserne u. Kupfer-Kessel, gußeiserne  
und emaillierte Eimer und Töpfe.  
**Wilhelm Grahl.**

Empfehle mein großes Lager in:

**Kieferne Hobeldielen**  
bisher qm 3.00 jetzt 2.75 RM  
**Kieferne Schalbretter**  
bisher qm 1.00 jetzt 0.90 RM  
**Kieferne Schalbretter, kurze**  
bisher qm 0.90 jetzt 0.80 RM  
sowie alle sonstigen Bau- und  
Rughölzer u. Baustoffe billigst.  
**Wilh. Kunze.**

### Preisabbau!

Empfehle

### Winter-Wäsche

zu ganz enorm billigen Preisen.

Hauptschlager:

Schlüpfer, die, sehr gut 1.80  
nur M.

Woll. Herrenstrümpfe Paar v. 1.50 an

Woll. Damenstrümpfe Paar v. 2.00 an

Nur prima Qualitäten!

### Oswin Hofmann

Holzborferstraße 11



Parlaphon-Platten sind die besten!

In grosser Auswahl vorrätig!

Annaburger Fahrrad-Zentrale

Marta Stein.



Mende / Nora / Siemens / Lumiphon  
das Neueste von der Funk-Ausstellung.

Netzanschlußgeräte / Batterie-Geräte

Unverbindliche Vorführung.

Knoden-Batterien — Akkumulatoren

Sämtl. Zubehörite :: Lade-Station.

### Wilhelm Waisch.

Rechnungsformulare

in allen Größen fertigt an  
Herm. Steinbeiß, Buchdrucker

### Zum Schlachten

empfehle sämtliche

### Gewürze

(täglich frisch gemah-  
len), sowie

### Einkochgläser

J. G. Fritzsche.

Rechnungshefte,

Quittungshefte,

Wechselhefte,

Notizbücher, Notiz-

blöcke, Agendas,

Vieserheftbücher,

Reisebücher,

Rechnungsbücher aller Art

empfehle

Herm. Steinbeiß,

Papierhandlung.

### Kanarienvutter

empfehle

J. G. Fritzsche.

### Handarbeiten

die Unterhaltung für fleißige Hände

finden Sie in neuzeitlichem Ge-  
schmack in meiner umfangreichen  
Spezial-Abteilung. Mein Schau-  
fenster, Torgauer Straße 6, gibt  
Ihnen einen kleinen Ueberblick  
der vielen Anregungen für die  
kommenden langen Abende

### Carl Quehl

### Stand- und Hänge-Uhren

mit herrlichen Glockentönen.

Büro- und Küchen-Uhren,  
Wieder-Uhren

in reizenden Holz- und Metallgehäusen

mit prima Werke der Firmen

Wacker, Junghans etc.

Herren- Uhren,

Damen- u. Herrenarmbanduhren

in geschmackvollen Ausführungen von

der einfachsten Gebrauchs- bis

zur feinsten Präzisionsuhr.

Garantie für guten Gang.

**Albrecht Paniek, Uhrmachermeister.**

Machen Sie einen Versuch  
mit meinen

### Marinaden,

das Beste, was der Markt bietet!

Bratheringe	Dose nur 65 Pf.
Hering in Gelée	Dose nur 73 Pf.
do.	Inhalt 3 1/2 Dose nur 1.70 M.
Rollmops	Dose nur 80 Pf.
Sardinen	Dose nur 70 Pf.
Pa. Oelsardinen	Dose 30, 50, 60, 75 Pf.
ff. Heringe in Tomatensauce	Dose 80 Pf.
Pikante Filetheringe	Dose 60 Pf.

J. G. Fritzsche.

### fenster, Türen Möbel aller Art

in bekannter Güte und dabei so preis-  
wert empfehle

**Wilhelm Kunze.**



### Stallbinger

kauft jedergelt  
**Baumschule  
Naundorf**  
Telefon 251

**Kellner-Bondbücher**  
zu haben bei

Herm. Steinbeiß.

### Wie macht man es bloß?

Ach, die dringenden Anschaffungen für den  
Winter! Für die Frau den notwendigen Mantel,  
ein neues Kleid, für den Mann den Ullster,  
einen Anzug, für die Kinder fehlt's auch und  
dann noch dies und das — wie macht man  
es bloß?

### Die Klugen machen es so:

Sie kommen zu uns und im Nu sind alle  
diese Fragen erledigt  
gut — billig ohne Sorgen!

Kaufen Sie bei der Firma

### Ernst Peschke

Acker-Straße 16

Das Haus der guten Qualitäten!

Stets Eingang von Neuheiten!





# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.  
 Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.  
 Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftliche Vorgauernr. 3, entgegen.  
 In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung u. dgl. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung beim Rückzahlung des Bezugspreises.  
 Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches  
 Publikations-Organ  
  
 für Amts- und  
 Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Zeitungsbeleg, im Belegblatt 30 Goldpfennig, einschl. Umfragescheine, Schwebeger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.  
 Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.  
 Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsbelle.

Nr. 138.

Dienstag, den 18. November 1930.

33. Jahrg.

## Wirtschaftskonferenz in Genf

### Verbesserung des europäischen Handels.

Der Zollwaffenstillstand.  
 Die zweite europäische Wirtschaftskonferenz ist in Genf unter dem Vorsitz des früheren holländischen Handelsministers Colijn eröffnet worden. An der Konferenz nehmen 26 europäische Staaten teil, darunter Deutschland. Sechs Überseestaaten, auch die Vereinigten Staaten, sind durch Beobachter vertreten. Die heutige Abordnung führt Ministerialdirektor Dr. Hoffe. Das Arbeitsprogramm umfasst die Ausprache über das weitere Schicksal des Handelsabkommens (Zollwaffenstillstandsabkommen), das bisher erst von neun Staaten ratifiziert worden ist, ferner Verhandlungen zur Verbesserung des Handelsverkehrs. Neben der Fremdenrechtsfrage wird sich die Konferenz noch mit dem internationalen Abkommen über die Vereinfachung der Aus- und Einfuhrbeschränkungen befassen. Präsident Colijn wies in seiner Eröffnungsansprache u. a. darauf hin, dass Maßnahmen für eine allgemeinere Senkung der Zolltarife und eine rationalere Verteilung der Weltzertugnisse gefunden werden müssten.  
 Die Hoffnung auf Verhinderung weiterer Zoll-erhöhungen ist gestärkt, da das Abkommen zahlreiche Ausnahmestimmungen für dringende Fälle enthält, von denen bereits einige Staaten Gebrauch gemacht haben.

### Ein Großwahltag.

Das Verhältniswahlsystem, wie wir es in Deutschland liberal seit 1919 haben, besitzt einen großen Nachteil: für die ganze Dauer der Sitzungperiode des Reichstags, der Länderparlamente, der Gemeindevertretungen tritt keinerlei Änderung in der Stärke der dort vertretenen Parteien ein, wie das auf Grund von Nachwahlen früher gesehen konnte; der Nachfolger auf der Liste rückt einfach in das Parlament ein. Das Fehlen eines solchen politischen Barometer's führte ja auch zu den bekannten Vorläufen der im Reichstagsstumpf siegreich gewählten Parteien, nun auch in den Länderparlamenten, übrigens auch in zahlreichen Gemeindevertretungen, Auflösung und Wiederaufbau zu erwidern. Innererichts ist aber die „Starrheit“ des Verhältniswahlsystems gerade als ein Vorteil angesehen und bezeichnet werden; weil dadurch „Stimmungswechsel“ verhindert werden können. So müssen denn andere Wahlen als „Barometer“ oder als „Stimm“ werden, — und das ist bei den Wahlen zu den badischen und den mecklenburgischen Gemeindevertretungen denn auch recht ausgiebig geschehen.  
 Im allgemeinen spiegelt sich in den Wahlergebnissen das wider, was auch die Wahlresultate des 14. September maßgebend beeinflussten: sehr harkes Anwachsen der nationalsozialistischen Mandate, Gewinne auch bei den Kommunisten —, aber mehr oder minder starker Mandatsrückgang der Parteien von den Deutschnationalen bis hinüber zur Sozialdemokratie. Besonders auffallend ist das Vordringen der Nationalsozialisten z. T. weit über die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen in einzelnen badischen Gemeinden, wo diese Partei jetzt zur Hälfte gewonnen ist, bisher aber überhaupt nicht vertreten war. Allerdings ist der Erfolg auch auf Kosten der Deutschnationalen erzielt worden, wabereiten aber auch aus dem Lager der eigentlichen Mittelparteien jetzt wieder große Massen hinüber zu den Nationalsozialisten. Gehten haben die Mittelparteien auch recht erheblich durch die vielfach recht umfangreiche Nichtbeteiligung, der Wahlflaute — oder Wahlfaulheit —, aber an dem Grundcharakter des Ergebnisses, also einem weiteren Vordringen der Nationalsozialistischen Partei über den bereits am 14. September erreichten Stand hinaus, ändert sich auch damit nichts. Das war vor kurzem erst bei den Wahlen in Oldenburg festzustellen und hat jetzt seine Fortsetzung in Baden und in Mecklenburg erfahren.  
 Wahltag auch in dem Freistaat Danzig und auch dort sind die Ergebnisse ähnlich wie bei den Wahlen in Deutschland. Danzig hat den Wut zu dem Entschluß gehabt, sein Parlament, den „Volksstag“, zahlenmäßig von 120 auf 72 Abgeordnete „abzurufen“. Erzbischof gibt es auch in diesem so stark verkleinerten Parlament immer

Neue Vorschläge.  
 Für die Einleitung weiterer wirtschaftlicher Verständigungsverhandlungen liegen der Konferenz drei Vorschläge vor: 1. ein englischer Vorschlag, einen Zollabbau nach Warengruppen, insbesondere für Textilien und Maschinenausfuhr, vorzunehmen; 2. ein holländischer Vorschlag, Verständigungsverhandlungen zwischen den Handelsvertrags- und Freihandelsstaaten über eine gegenseitige Zollermäßigung herbeizuführen; 3. der bekannte, wiederholte Vorschlag der skandinavischen Staaten auf bessere Abgabebestimmungen für ihre Agrarerzeugnisse. Die Gegenseitigkeiten dieser skandinavischen Staaten auf industriellen Gebiet gegenüber den Hauptabgabestaaten Deutschland, Italien und der Schweiz, ebenso wie die Kreditfrage sollen nach allgemeiner Auffassung im Vordergrund der Verhandlungen stehen.

### Deutschland beantragt Verbot des Gasrieges.

Graf Bernstorff hat im Vorbereitenden Genfer Abrüstungsausschuss den Antrag gestellt, daß außer dem Verbot des Gasrieges ein Verbot aller schweren Angriffswaffen, wie z. B. Mörser, schwere Geschütze und Tanks, in die Abrüstungskonvention aufgenommen werde.  
 Der Minister lehnt sich gegen den Antrag des Kriegsmaterials zu fertigen und hierüber dem Generalsekretär zu Händen der übrigen Staaten Mitteilung machen. Ferner soll die Fabrikation und die Einfuhr dieses Kriegsmaterials verboten sein.

nach — zwölf Parteien, unter denen auch die Polen als Sonderpartei auftreten; sie sind allerdings auch jetzt wieder mit nur zwei Vertretern in den „Volksstag“ eingerückt. Auch hier sollte ein Generalwahltag stattfinden. Zahl der Nationalen am aber im auf- fällig eine sozial- als die hätte ver- die Komm- kommen. wenn es Baro- 111- 1928 nach- acht war- in der- allem die- zeit hoh- in Reful- Werkzeug- auch der- stliche ab- allzu er- dieses Man- worden, die Stimmen- fast anti- im gegen- der Regie- Oberstleuten einen großen Erfolg einheimen konnte.

### Zwei Milliarden Mark für Rossfandsarbeiten in England.

Arbeit für 400 000 Mann.  
 Die englische Regierung veröffentlicht die Liste der Rossfandsarbeiten, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit genehmigt sind und Gesamtausgaben von etwa zwei Milliarden Mark umfassen. Hiervon entfallen etwa eine Milliarde Mark auf Wege- und Brückenbauten, 200 Millionen auf Hafenanlagen, 250 Millionen auf Gefrier- fahrzeuge, und der Rest auf sonstige Arbeiten. Man rechnet in England das durch eine Million Pfund rund 4000 Mann Arbeit finden.

### Pilsudskis Gewaltherrschaft erfolgreich.

Absolute Mehrheit für die Regierung.  
 Der unerhörte Terror, den die augenblickliche polnische Regierung, getrieben von dem kühnen Willen des Marschalls Pilsudski, vor den Wahlen zum Sejm entfaltet hat, oder vielmehr die erwartete Auswirkung gehabt. Der Pilsudski-Bund hat aufwendend die absolute Mehrheit errungen und kann einseitig regieren, wie es seinem Herrn und Meister paßt. Voraus- sichtlich erhielt der Pilsudski-Bund 24 Mandate (bisher 130), Regierungsozialisten 0 (10), Antisemit 81 (154), Nationaldemokraten 62 (57), Christliche Demokraten 14 (18), Agrarier und Bauern 21 (47), Juden 10 (13), Deutsche 5 (19), Kommunisten 7 (9). Natürlich sehen noch einzelne Reklute aus, aber im großen und ganzen wird sich nichts Wesentliches mehr ändern.  
 Der neue Sejm weist also nun erstmalig seit der Wiedererrichtung des Polnischen Staates eine absolute Pilsudski-Mehrheit auf. Der seit 1926 die ganze polnische Politik beherrschende Kampf zwischen Regierung und Parlament ist damit zugunsten der Regierung entschieden. Pilsudski und seine Anhänger überreichen zu der un- beschränkten Macht, die sie schon seit viereinhalb Jahren ausüben, jetzt auch die alleinige Verantwortung für das Schicksal ihres Landes. Die zur Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit haben sie nicht erreicht. Daß dem von ihnen angeordneten Schicksal des Schreckens und der Bedrohung der Opposition mit allen unlegit- mäßigen Mitteln, denen keinerlei Grenze mehr gesetzt war. Die sogenannten Wahlen sind ein hohes Gelingen auf jede freie Entscheidung des Volkes. Pilsudski hat einfach diktiert, und wie er befohl, so geschah es. Polen ist gefahrlos aus der Lüste der über sich selbst entscheidenden Wölfer, es folgt niemandem und willenslos dem kommandierenden Marschalls. Daß das Wahlergebnis nicht die Volks- abstimmung widerspiegelt, ergibt sich aus der Verringerung der Mandate der nationalen Minderheiten. Deutsche, Ukrainer und Tschechen haben sich seit den Wahlen von 1928 natürlich wieder verringert, doch sind dem beherrschenden radikalen Polentum angegeschlossen. Sie sind an der freien Kundgabe ihres politischen Meinungsstandes durch Listenverbote, Werbebeschränkung und andere Mittel gehindert worden. Das gesamte Deutschland der Korridor- provinz Pommern, Ostpreußen und Galizien bleibt auf diese Weise ohne Vertretung im Warschauer Parla- ment.

### Oberschlesien.

In dem zum großen Teile deutschen Oberschlesien ist in den Landgemeinden durch dem ausübenden Schreckensregiment ein Rückgang der deutschen Stimmen um durchschnittlich 50 Prozent zu verzeichnen. In einzelnen Orten betrug der Verlust sogar bis zu 70 und 80 Prozent. Auch in den Städten ist ein wesentlicher Rückgang der deutschen Stimmen festzustellen, dagegen hat die Partei des Abgeordneten Korfanz, die Pilsudski feindlich und ebenso dem Deutschtum abgewandten Nationaldemokraten, in ganz Polnisch-Schlesien an Umfang derart gewonnen, daß Korfanz weit zahlreicher als Sieger anzusprechen ist.

Korfanz hat wahrscheinlich 30 bis 100 Prozent an Stimmen gewonnen. Sein Gewinn beträgt über die Mandate. Die Deutschen haben drei Sitze eingebüßt. Der Stimmenverlust des Deutschen Wahlblocks dürfte sich auf 25 bis 35 Prozent stellen.

Nach dem vorläufigen Endergebnis verteilen sich die in den drei ober-schlesischen Wahlkreisen abgegebenen Stimmen wie folgt: Deutsche Wahlgemeinschaft 127 458 (1928: 175 113) drei Mandate, Regierungsbund 196 115 (172 087), sechs Mandate, Korfanz-Partei 210 352 (109 606), sieben Mandate, Polnische Sozialisten 54 742 (77 301), ein Mandat, Kommunisten wie bisher, ohne Mandat.

### Ergebnis in Danzig.

Die in Danzig-Stadt und -Land durchgeführte Neu- wahl zum Volksstag nahm die einer Beteiligung von 84 Prozent der Wählerkraft einen ruhigen Verlauf. Es war nur ein Zufall, daß die Wahl mit der polnischen Zustimmung zusammenfiel, sie hatte nicht das geringste damit zu tun. Im letzten Sommer ist die Verfassung Danzigs dahin abgeändert worden, daß der Volksstag ausständig ist und nur ausfall der Wahlen berufen werden kann. Das bemerkens- werteste ist, daß sowohl Nationalsozialisten wie Kommu- nisten sich an Stimmen stark vermehrt haben, während